ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Erber, Georg

Article

Dichtung und Wahrheit: Deutschlands Position bei Lohnstückkosten, Extrahandel und realen Wechselkursen in der Eurozone – was sagt die Statistik?

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Erber, Georg (2012) : Dichtung und Wahrheit: Deutschlands Position bei Lohnstückkosten, Extrahandel und realen Wechselkursen in der Eurozone – was sagt die Statistik?, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 65, Iss. 05, pp. 20-34

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/165090

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Dichtung und Wahrheit

Deutschlands Position bei Lohnstückkosten, Extrahandel und realen Wechselkursen in der Eurozone – was sagt die Statistik?

Georg Erber*

Der Beitrag untersucht die vorhandenen statistischen Daten zu den realen Lohnstückkosten, zum Intrahandel und zu den realen effektiven Wechselkursen der EU-Länder, der Eurozone sowie weiterer Länder der Weltwirtschaft. Er zeigt, inwieweit die vorhandenen statistischen Informationen die Aussage stützen, Deutschland sei der Hauptprofiteur der Währungsunion. Die Analyse der vorhandenen Daten lassen diesbezüglich erhebliche Zweifel aufkommen. Zum einen zeigen die idiosynkratischen Schwankungen der realen Lohnstückkosten, dass es keinen nachhaltigen Trend gegeben hat. Des Weiteren zeigt sich, dass die gestiegene preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands aufgrund eines geringeren Lohnstückkostenanstiegs nicht zu dem erwartbaren überproportionalen Anstieg der Exporte Deutschlands gegenüber diesen Ländern geführt hat. Stattdessen haben Deutschlands Exporte gegenüber den Ländern außerhalb der Eurozone deutlich stärker zugenommen als innerhalb der Eurozone. Hinzu kommt, dass im Zuge der Globalisierung Deutschlands Ausfuhren in die übrige Welt, insbesondere in die BRICS-Staaten[1] sowie die USA, Wachstumstreiber waren. Dabei spielte gemessen am realen effektiven Wechselkurs ein deutlicher Anstieg der preislichen Wettbewerbsfähigkeit nur bedingt eine Rolle. Eher sind hier die Spezialisierung auf Investitionsgüter und langlebige Konsumgüter (z.B. Automobile) sowie hohe Qualitätsstandards und Innovationsfähigkeit als Wettbewerbsfaktoren entscheidend.

Profitierte Deutschland am meisten vom EU-27-Binnenmarkt und der Eurozone?

In der aktuellen Debatte um die Rettung der Eurozone wird immer wieder das Argument vorgetragen, dass Deutschland als größte Volkswirtschaft am meisten von der Eurozone und dem erweiterten EU-27-Binnemarkt profitiert habe. So vertrat Manuel Barroso, Präsident der EU-Kommission, diese Einschätzung (vgl. Die Welt 2010).

Auch die Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerte sich in ähnlicher Weise. »Deutschland ist eines der Länder, das vom Euro mit am meisten profitiert«, betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel Ende November (2010, Ergänzung des Autors) in Berlin (vgl. Bundesregierung 2011). Diese Aussage wurde seitdem in der Öffentlichkeit immer wieder wiederholt, ohne dass es hierfür weiterer Belege bedurfte.

Als weitere Begründung für die Eurokrise wird darüber hinaus die Entwicklung der Lohnstückkosten als entscheidendes Element genannt. Deutschland hätte in der zurückliegenden Dekade Lohndumping zu Lasten der anderen Mitglieder der Eurozone betrieben und damit zu den wachsenden Handels- und Leistungsbilanzungleichgewichten maßgeblich beigetragen. Diese Argumente finden sich beispielsweise bei Dullien, Herr und Kellermann (2009, 92):

»Faktisch gibt Deutschland den Lohnstandard für die EWU vor. Es ist nicht nur die größte Volkswirtschaft in der Eurozone, sondern auch das Land mit den niedrigsten Erhöhungen der Lohnstückkosten, was primär auf die niedrigen Geldlohnerhöhungen in Deutschland zurückzuführen ist. Seit Beginn der EWU stagnieren die Lohnstückkosten in Deutschland. Eine Reihe von EWU-Ländern verzeichnete hingegen zwischen 1999 und 2008 Lohnstückkostenerhöhungen von 20% und mehr.«

Wenden wir uns daher der letzteren These zuerst zu, da sie als alleinige Erklärungsursache für die Ungleichgewichte im Warenhandel der Eurozone herangezogen wird.

* Dr. Georg Erber ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin.

[1] BRICS: Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.

These: Der Anstieg der Lohnstückkosten ist in Deutschland trendmäßig niedriger als in den anderen Ländern der Eurozone

Sehen wir uns deshalb die aktuellsten verfügbaren Daten zu der realen Lohnstückkostenentwicklung ausgewählter Mitgliedsländer der Eurozone an. Zunächst betrachten wir die Entwicklung der realen Lohnstückkosten der drei großen Eurozonestaaten sowie die durchschnittliche Entwicklung für alle 17 Länder der Eurozone (vgl. Abb. 1).

Offenbar fand die große vorübergehende Divergenz Deutschlands bei der Lohnstückkostenentwicklung in dem Zeitraum von 2004 bis 2007 statt, d.h. die Einführung der Agenda 2010 unter der rot-grünen Bundesregierung hatte nicht zuletzt unter dem Druck extrem hoher Massenarbeitslosigkeit von rund 5 Mill. Beschäftigten einen massiven lohnsenkenden Effekt, der auch seinen Niederschlag in den realen Lohnstückkosten gefunden hat.

Dieser wurde jedoch mit dem Ausbruch der Krise im Jahr 2008 bereits teilweise überwunden, da durch die Kurzarbeiterregelung offenbar die realen Lohnstückkosten deutlich rascher angehoben wurden als in den anderen Ländern. Während in Deutschland auf diese Weise die Beschäftigung gehalten werden konnte, wurde sie in den anderen Staaten drastisch abgebaut. Letzteres dämpfte zwar kurzfristig den Anstieg der realen Lohnstückkosten, da nominale Lohneinbußen zu verzeichnen waren. Aber durch die Unterauslastung der Produktionskapazitäten sank die Arbeitsproduktivität deutlicher. Wer also mit den Lohnstückkosten argumentiert, sollte diese nicht mit der nominalen Lohnentwicklung vermengen. Seitdem steigen die realen Lohnstückkosten in Deutschland etwas schneller als in Frankreich und Italien. Und folgt man der Prognose der EU-Kommission, wird sich diese Entwicklung in den kommenden zwei Jahren fortsetzen.

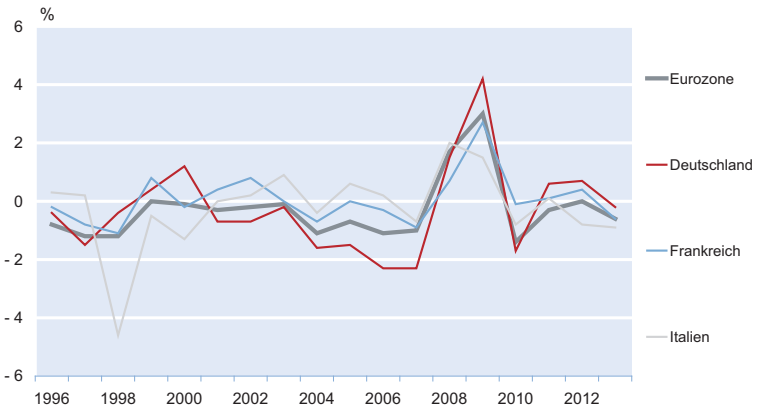
Letzteres ist wohl auch das Ergebnis der rascheren wirtschaftlichen Erholung der deutschen Wirtschaft im Vergleich zur französischen und italienischen Ökonomie. Letztendlich ist keine nachhaltige reale Lohnstückkostendivergenz zwischen den drei Kernländern der Eurozone zu konstatieren. Insbesondere bleibt auch bemerkenswert, dass Italien im Jahr 1998 eine dramatische Korrektur seiner realen Lohnstückkosten von mehr als 4 Prozentpunkten bewältigt hat. Dies sind zu den bisherigen Korrekturen nach dem Ausbruch der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise sehr viel deutlichere Anpassungen gewesen. Warum sollte dies jetzt im Zuge der derzeitigen Krise nicht erneut möglich sein? Jedenfalls ist keine deutliche trendmäßige Abweichung gegenüber den anderen beiden Ländern oder dem Durchschnitt der Eurozone feststellbar.

Offensichtlich wurde der negative Trend der realen Lohnstückkostenentwicklung der Jahre 2000 bis 2007 in Deutschland von vielen Autoren, die mit der unfairen Lohnstückkostenkonkurrenz Deutschlands gegenüber seinen Partnern argumentieren, in die Zukunft extrapoliert. Tritt jedoch die Prognose der EU-Kommission für die kommenden zwei Jahre ein, wäre die temporäre Divergenz zwischen den einzelnen Ländern bereits teilweise wieder ausgeglichen.

Wenden wir uns nun den vier Krisenländern der Eurozone zu. Betrachtet man Spanien, dann ist offensichtlich, dass das Land in den zurückliegenden Jahren – mit Ausnahme der Jahre 2008 und 2009 – eine reale Lohnstückkostendeflation erlebt hat. Von einem dramatischen Anstieg kann nicht die Rede sein. Mithin gilt auch für Spanien hinsichtlich der Lohnstückkostenentwicklung das Argument wie für die drei anderen großen Mitgliedsländer der Eurozone. Bleiben die drei Krisenländer, die bereits Hilfen seitens der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) oder – wie Griechenland – durch die Troika (IWF, EZB und EU-Kommission) in den letzten zwei Jahren in Anspruch nehmen mussten.

Griechenland verzeichnete eine sehr erratische Bewegung seiner realen Lohnstückkosten im Vergleich zu den großen Ländern. Starke Sprünge in den Lohnstückkosten in den Jahren 2002 (+ 6%) und 2009 (+ 4%) wurden von Einbrüchen von mehr als – 4% in den Jahren 2006 und 2011 abgelöst. Offenbar gelingt es in Griechenland den Tarifpartnern selten, eine produktivitäts- bzw. lohnstückkostenorientierte Tarifpolitik umzusetzen. Dagegen verläuft die reale Lohnstückkostenentwicklung in Portugal weit-

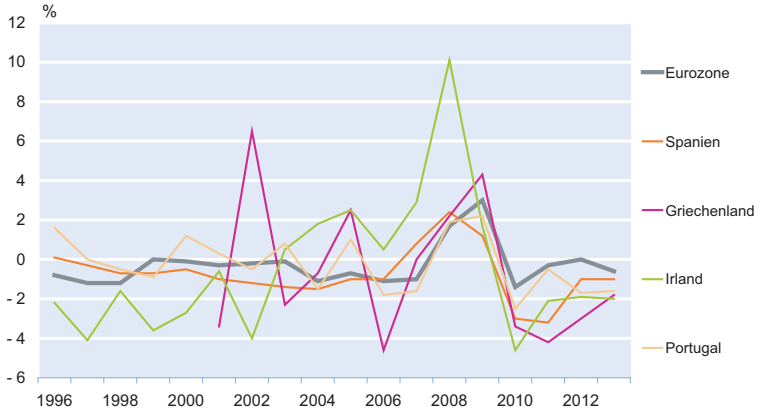
Abb. 1
Entwicklung der realen Lohnstückkosten ausgewählter Länder der Eurozone



Die Werte für die Jahre 2011 bis 2013 sind Prognosen der EU-Kommission.
Quelle: Eurostat.

Abb. 2

Entwicklung der realen Lohnstückkosten ausgewählter Länder der Eurozone



Die Werte für die Jahre 2011 bis 2013 sind Prognosen der EU-Kommission.
Quelle: Eurostat.

gehend normal, zieht man den Durchschnitt der Eurozone als Maßstab dafür heran. Irland dagegen hat zunächst eine Phase starker Lohnstückkostenzurückhaltung bis zur Mitte der letzten Dekade durchgemacht. Danach fand eine deutliche Lohnstückkosteninflation statt, die wohl in einer Art »Kluncker-Runde«[2] im Jahr 2008 gipfelte. Seitdem ist offensichtlich eine deutliche Korrektur eingetreten. Mithin sind letztendlich die Korrekturmechanismen hinsichtlich der Lohnstückkostenentwicklung selbst in diesen Krisenländern intakt.

Solange es keine zentralisierte Tarifpolitik innerhalb der Mitgliedsländer der Eurozone gibt, sind solche zwischenzeitlichen, Ökonomen sprechen derzeit häufig auch von idiosynkratischen, Abweichungen durchaus normal und kein Grund, einen Zusammenbruch der Eurozone daraus abzuleiten.[3]

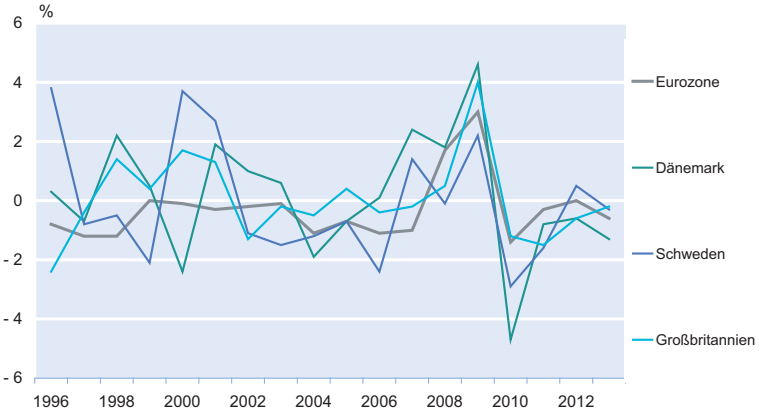
Betrachten wir nun einmal zum Vergleich drei Länder außerhalb der Eurozone (vgl. Abb. 3). In Großbritannien verläuft die reale Lohnstückkostenentwicklung insgesamt volatiler als bei den vier großen Volkswirtschaften innerhalb der Eurozone. Dänemark und Schweden zeigen im Verhältnis zu Großbritannien und dem Durchschnitt der Eurozone ebenfalls stärkere Schwankungen. Mithin kann die Ursache für die stärkere Schwankungshäufigkeit nicht unmittelbar im System der Eurozone gesehen werden. Eher führt dies innerhalb der Eurozone zu einer stärkeren Disziplinierung der Tarifpartner, eine an den realen Lohnstückkosten orientierte Politik umzusetzen. Es gibt bereits einen impliziten Verbund, auch wenn dieser bisher nicht in gemeinsamen Tarifverhandlungen seinen Niederschlag findet. Die Disziplinierung der Märkte reicht offensichtlich aus.

Abschließend lässt sich konstatieren, dass durchaus alle Länder der Eurozone hinsichtlich der realen Lohnstückkostenentwicklung profitiert haben, sofern sie sich an einer entsprechenden den wirtschaftlichen Gegebenheiten orientierten Lohnpolitik ausgerichtet haben. Ob innerhalb oder außerhalb der Währungsunion, das spielt keine Rolle, wenn Fehlverhalten der Tarifpartner starke Diskrepanzen zwischen den realen Lohnstückkosten herbeiführt. Letztendlich findet jedoch eine rasche Korrektur innerhalb weniger Jahre statt. Der Arbeitsmarkt ist weitaus weniger starr, als dies oftmals unterstellt wird. Wie wirken sich solche Effekte des Arbeitsmarkts auf den Extrahandel der EU 27 und der Eurozone aus?

Dass solche Korrekturen, wenn sie mit Lohnsenkungen verbunden sind, für die Betroffenen schmerzhaft sind, insbesondere wenn sich die Einkommenserwartung von den realen Möglichkeiten weit entfernt hat, ist verständlich. Trotzdem ergibt sich hieraus keine Evidenz, dass sich die Lohnstückkosten innerhalb der Eurozone so weit auseinander entwickelt haben, dass dies zur Ursache für den Zu-

Abb. 3

Entwicklung der realen Lohnstückkosten ausgewählter Länder außerhalb der Eurozone



Die Werte für die Jahre 2011 bis 2013 sind Prognosen der EU-Kommission.
Quelle: Eurostat.

[2] »Die berühmt-berüchtigte »Kluncker-Runde« von 1974 steht heute als Chiffre für die Abkehr von einer moderaten Lohnpolitik. Heinz Kluncker, von 1964 bis 1982 Vorsitzender der Verdi-Vorläuferorganisation ÖTV (Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr), gelang es 1974 unter dem Eindruck des ersten Ölpreisschocks eine Lohnerhöhung von 11% im öffentlichen Dienst durchzusetzen.« (Hahne 2005).

[3] Stochastische Konvergenz verläuft eben nicht stetig und gleichmäßig, wie dies bei einer deterministischen Konvergenz der Fall sein müsste. Es geht ja hier nur um eine Ergodizität gegen den gemeinsamen Erwartungswert der Länder (vgl. hierzu auch Erber und Hagemann 2010).

sammenbruch der Eurozone werden müsste (vgl. Flassbeck 2009).

Der Extrahandel in der EU seit Einführung des Euro

Der Extrahandel innerhalb der EU-27-Mitgliedsländer ist ein wichtigen Indikator für den Erfolg der wirtschaftlichen Integration der EU. Wegen der sinkenden Transaktionskosten aufgrund fehlender Handelshemmnisse sollte aus Sicht der Außenhandelstheorie die wirtschaftliche Integration der EU 27 im Vergleich zum übrigen Außenhandel stärker expandieren. Insbesondere sollte durch die Einführung des Euro als gemeinsamer Währung in denjenigen Ländern, die zur Währungsunion gehören, der Handel aufgrund sinkender Transaktionskosten wegen des Wegfalls des Wechselkursrisikos noch stärker steigen.

Der Extrahandel der EU 27 zeigt dagegen einen moderaten Anstieg über die zurückliegende Dekade. Für den gesamten Binnenmarkt war jedoch bis zum Jahr 2007 keine deutliche Zunahme bei den Ausfuhren von Waren feststellbar (vgl. Tab. 1). Erst in den Jahren 2009 und 2010 kam es zu einem moderaten Anstieg von insgesamt 2,6%, wenn man das Jahr 2001 als Referenzpunkt wählt. Analog ist die Entwicklung für Deutschland zu konstatieren.

Mit der Einführung des Euro wurde daher kein besonders dynamischer Impuls zu einer stärkeren Integration der deutschen Wirtschaft mit den übrigen Ländern des gemeinsamen Binnenmarkts oder der Eurozone ausgelöst. Offenbar hat insbesondere die Integration der osteuropäischen Länder bereits in den 1990er Jahren stattgefunden (vgl. hierzu z.B. Buch und Piazolo 2001; Potratz und Widmaier 1998). Die hohen Erwartungen der Lissabon-Agenda an einen

Tab. 1
Außenhandel Deutschland nach Rangfolge der Handelspartner im Jahr 2010

Rang	Ausfuhr Bestimmungsland	Mill. Euro	Anteil an den Ausfuhren in vH	Einfuhr Ursprungsland	Mill. Euro	Anteil an den Einfuhren	Umsatz Ausfuhr + Einfuhr	Mill. Euro	Anteil am Umsatz in vH	Außenhandelssaldo Ausfuhr – Einfuhr	Mill. Euro	Anteil am Außenhandelssaldo in vH
1	**Frankreich**	89.581,8	9,4	Volksrepublik China	77.270,2	9,7	**Frankreich**	150.254,4	8,6	**Frankreich**	28.909,3	18,7
2	Vereinigte Staaten von Amerika	65.574,2	6,9	**Niederlande**	67.205,1	8,4	Volksrepublik China	131.061,0	7,5	Vereinigtes Königreich	20.743,1	13,4
3	**Niederlande**	62.978,3	6,6	**Frankreich**	60.672,6	7,6	**Niederlande**	130.183,4	7,4	Vereinigte Staaten von Amerika	20.333,1	13,1
4	Vereinigtes Königreich	58.665,8	6,2	Vereinigte Staaten von Amerika	45.241,1	5,7	Vereinigte Staaten von Amerika	110.815,2	6,3	**Österreich**	19.143,5	12,4
5	**Italien**	58.588,7	6,2	**Italien**	41.977,3	5,3	**Italien**	100.566,1	5,7	**Italien**	16.611,4	10,7
6	Volksrepublik China	53.790,9	5,7	Vereinigtes Königreich	37.922,7	4,8	Vereinigtes Königreich	96.588,6	5,5	**Spanien**	12.267,3	7,9
7	**Österreich**	52.156,3	5,5	**Belgien**	33.304,0	4,2	**Österreich**	85.169,0	4,9	**Belgien**	11.735,2	7,6
8	**Belgien**	45.039,2	4,7	**Österreich**	33.012,8	4,1	**Belgien**	78.343,2	4,5	Polen	10.028,6	6,5
9	**Schweiz**	41.659,3	4,4	Schweiz	32.506,9	4,1	Schweiz	74.166,2	4,2	Schweiz	9.152,4	5,9
10	Polen	37.665,5	4,0	Russische Föderation	31.840,2	4,0	Polen	65.302,5	3,7	Vereinigte Arabische Emirate	7.058,5	4,6
11	**Spanien**	34.222,0	3,6	Tschechische Republik	28.701,5	3,6	Russische Föderation	58.194,5	3,3	Schweden	6.556,8	4,2
12	Tschechische Republik	26.708,2	2,8	Polen	27.637,0	3,5	**Spanien**	56.176,7	3,2	Türkei	6.235,7	4,0
13	Russische Föderation	26.354,3	2,8	Japan	22.475,3	2,8	Tschechische Republik	55.409,7	3,2	Australien	5.595,9	3,6
14	Schweden	19.376,6	2,0	**Spanien**	21.954,7	2,8	Japan	35.624,8	2,0	Saudi-Arabien	5.177,8	3,3
15	Türkei	16.252,5	1,7	Norwegen	17.166,9	2,2	Schweden	32.196,3	1,8	Hongkong	4.018,0	2,6
16	Ungarn	14.133,5	1,5	Ungarn	16.387,9	2,1	Ungarn	30.521,3	1,7	**Griechenland**	3.934,2	2,5
17	Dänemark	14.053,6	1,5	**Irland**	13.555,7	1,7	Türkei	26.269,4	1,5	**Portugal**	3.746,7	2,4
18	Japan	13.149,4	1,4	Schweden	12.819,8	1,6	Dänemark	24.683,3	1,4	Dänemark	3.423,9	2,2
19	Brasilien	10.385,9	1,1	Republik Korea	11.270,6	1,4	Norwegen	24.532,7	1,4	Mexiko	3.180,8	2,1
20	Republik Korea	10.259,0	1,1	Dänemark	10.629,7	1,3	Republik Korea	21.529,6	1,2	Indien	3.041,1	2,0
21	Indien	9.281,7	1,0	Türkei	10.016,8	1,3	Brasilien	19.830,7	1,1	Islamische Republik Iran	2.871,9	1,9
22	**Slowakei**	8.714,5	0,9	Brasilien	9.444,8	1,2	**Slowakei**	17.888,9	1,0	Ukraine	2.790,7	1,8
23	Australien	7.849,0	0,8	**Slowakei**	9.174,4	1,2	**Irland**	17.710,2	1,0	**Luxemburg**	2.783,8	1,8
24	**Portugal**	7.768,5	0,8	Taiwan	6.533,8	0,8	Indien	15.522,4	0,9	Südafrika	2.294,0	1,5
25	Südafrika	7.655,8	0,8	Rumänien	6.463,6	0,8	Rumänien	13.755,6	0,8	Kanada	2.260,3	1,5
26	**Finnland**	7.643,6	0,8	Indien	6.240,6	0,8	**Finnland**	13.674,5	0,8	Ägypten	2.061,7	1,3
27	Vereinigte Arabische Emirate	7.575,2	0,8	**Finnland**	6.030,9	0,8	Südafrika	13.017,5	0,7	**Finnland**	1.612,7	1,0
28	Norwegen	7.365,8	0,8	Malaysia	5.740,7	0,7	Taiwan	12.581,1	0,7	Belarus	1.590,4	1,0
29	Rumänien	7.292,0	0,8	Südafrika	5.361,7	0,7	**Portugal**	11.790,3	0,7	Katar	1.449,0	0,9
30	Mexiko	6.883,6	0,7	Singapur	4.705,1	0,6	Singapur	10.668,4	0,6	Kroatien	1.324,5	0,9
31	Kanada	6.443,3	0,7	Kanada	4.183,0	0,5	Kanada	10.626,4	0,6	Singapur	1.258,2	0,8
32	Taiwan	6.047,3	0,6	**Portugal**	4.021,8	0,5	Mexiko	10.586,4	0,6	Israel	1.187,1	0,8
33	Singapur	5.963,3	0,6	Thailand	3.857,8	0,5	Australien	10.102,1	0,6	Kuwait	1.135,3	0,7
34	**Griechenland**	5.845,9	0,6	Kasachstan	3.842,0	0,5	Malaysia	10.045,4	0,6	Brasilien	941,1	0,6
35	Saudi-Arabien	5.820,5	0,6	Mexiko	3.702,8	0,5	Luxemburg	8.228,0	0,5	Rumänien	828,4	0,5
36	Hongkong	5.584,7	0,6	**Slowenien**	3.659,0	0,5	Vereinigte Arabische Emirate	8.091,8	0,5	**Estland**	768,9	0,5
37	**Luxemburg**	5.505,9	0,6	Indonesien	3.618,2	0,5	**Griechenland**	7.757,7	0,4	Marokko	761,7	0,5
38	Ukraine	4.397,3	0,5	Libysch-Arabische Dschamahirija	3.103,0	0,4	**Slowenien**	7.249,2	0,4	Libanon	745,9	0,5
39	Malaysia	4.304,7	0,5	Vietnam	2.946,4	0,4	Hongkong	7.151,3	0,4	Irak	738,4	0,5
40	**Irland**	4.154,5	0,4	**Luxemburg**	2.722,1	0,3	Thailand	6.636,5	0,4	Jordanien	735,4	0,5
41	Islamische Republik Iran	3.790,0	0,4	Bangladesch	2.358,1	0,3	Saudi-Arabien	6.463,3	0,4	Algerien	729,0	0,5
42	**Slowenien**	3.590,3	0,4	Philippinen	2.268,2	0,3	Ukraine	6.003,9	0,3	Bermuda	616,2	0,4
43	Ägypten	3.023,9	0,3	Australien	2.253,1	0,3	Indonesien	5.627,1	0,3	Argentinien	591,0	0,4
44	Israel	2.879,0	0,3	Nigeria	2.005,2	0,3	Kasachstan	5.223,2	0,3	Serbien	559,0	0,4
45	Thailand	2.778,7	0,3	**Griechenland**	1.911,7	0,2	Islamische Republik Iran	4.708,0	0,3	Oman	530,5	0,3
46	Argentinien	2.393,6	0,3	Argentinien	1.802,5	0,2	Israel	4.571,0	0,3	Bulgarien	529,4	0,3
47	Bulgarien	2.175,2	0,2	Israel	1.691,9	0,2	Vietnam	4.428,9	0,3	Usbekistan	497,7	0,3
48	Belarus	2.051,2	0,2	Bulgarien	1.645,8	0,2	Argentinien	4.196,1	0,2	**Zypern**	457,1	0,3
49	Kroatien	2.040,1	0,2	Chile	1.628,2	0,2	Libysch-Arabische Dschamahirija	4.055,8	0,2	Kaimaninseln	407,3	0,3
50	Indonesien	2.008,9	0,2	Ukraine	1.606,6	0,2	Ägypten	3.986,1	0,2	Lettland	379,0	0,2
	Insgesamt	951.959,5		Insgesamt	797.096,9		Insgesamt	1.749.056,3		Insgesamt	154.862,6	

Quelle: destatis 2011, eigene Berechnungen.

Wachstumsschub durch die Währungsunion konnten jedoch insgesamt nicht erfüllt werden.

Somit hat Deutschland auch nicht durch eine überproportionale Ausweitung seiner Exporte in diese Länder dort aufgrund fehlender Wettbewerbsfähigkeit eine Verdrängung von Arbeitsplätzen beim Warenhandel seit Einführung des Euro herbeiführen können. Auch Frankreich konnte wenig von dieser weiteren wirtschaftlichen Integration in dieser Zeit profitieren. Das Land folgt weitgehend der Entwicklung, die auch in Deutschland zu beobachten ist. Die Zugehörigkeit zur Währungsunion spielte hier keine Rolle. Auch Großbritannien und Italien konnten ihre Exporte in die Mitgliedsländer des Binnenmarkts nicht ausweiten. Dies gilt ebenso für Dänemark. Offenbar spielt der Euro als gemeinsame Währung für die Handelsausweitung dieser Länder keine Rolle. Es gibt auch für diese Länder einen endogenen Zwang, sich in ihrer Wechselkursentwicklung nicht zu sehr vom Euro abzukoppeln.

Mithin hat offenbar der Vorteil bei den Lohnstückkosten, der immer wieder als Grund für einen Verdrängungswettbewerb Deutschlands gegenüber den anderen Ländern der Eurozone und des EU-27-Binnemarkts angeführt wird, auch hier keine entscheidende Rolle gespielt. Sonst hätte sich dies in entsprechenden Exportquoten beim Extrahandel zeigen müssen. Dies ist aber nicht der Fall gewesen.

Ein Blick auf die Werte der Tabelle 2 zeigt, dass der Anstieg in der zurückliegenden Dekade von 2001 bis 2010 keineswegs einen deutlichen Anstieg des Extrahandels innerhalb der EU 27 bei den Wareneinfuhren aufzuweisen hatte. Bis zum Ausbruch der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2007 blieb die Extrahandelsquote der Einfuhren aus den EU-27-Mitgliedsländern nahezu konstant. Insbesondere Deutschlands Einfuhranteil am Extrahandel der EU 27 zeigt ebenfalls kaum einen Anstieg. Im Jahr 2009 lag er auf dem gleichen Anteilswert wie im Jahr 2001. Nur im Jahr 2010 ist ein Anstieg um 1,1% feststellbar. Deutschland hat

Tab. 2
Anteile des Extrahandels der EU-27-Mitgliedsländer an deren gesamten Einfuhren

	Einfuhranteile der EU 27 (Extrahandel) an den gesamten Einfuhren des jeweiligen Landes in % (Warengruppen SITC 0 bis 6)									
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Europäische Union (27 Länder)	35,4	34,2	33,9	34,0	35,5	35,9	35,6	37,2	36,2	38,0
Deutschland	35,4	34,3	33,9	34,4	35,5	36,3	35,4	36,4	35,4	36,5
Frankreich	32,5	31,4	29,8	30,4	32,5	30,8	30,5	31,8	30,8	31,7
Vereinigtes Königreich	46,4	42,7	43,3	44,0	43,7	42,3	45,2	46,7	47,1	48,5
Italien	38,1	37,2	36,7	37,8	40,6	42,4	42,3	45,4	42,6	45,2
Niederlande	46,1	44,8	45,1	46,8	50,6	50,2	49,9	51,9	51,0	53,4
Belgien	28,0	27,1	26,4	27,2	27,9	28,5	29,4	30,1	28,9	30,7
Schweden	30,0	28,9	28,1	27,8	29,6	30,3	28,9	30,9	32,0	32,9
Spanien	31,3	30,9	30,7	32,1	35,8	38,2	37,0	40,7	37,7	42,4
Irland	33,1	33,0	37,2	34,2	33,3	31,5	30,0	30,1	34,5	32,7
Österreich	19,5	19,2	18,2	17,3	19,5	20,3	20,7	22,0	22,1	22,5
Finnland	30,6	30,1	31,7	32,7	33,3	36,0	35,9	38,0	35,0	35,8
Dänemark	27,3	25,2	26,6	29,2	29,0	27,8	27,2	28,4	30,2	29,4
Polen	30,3	30,3	30,4	24,7	24,7	27,0	26,7	28,1	27,4	29,2
Tschechische Republik	25,4	27,5	28,6	19,7	18,6	19,5	19,9	23,1	21,9	25,1
Ungarn	34,1	35,0	35,5	31,5	30,1	29,8	30,5	31,8	31,4	32,3
Portugal	23,3	20,1	20,5	22,9	22,4	23,0	23,4	25,2	21,4	24,3
Griechenland	35,7	44,3	41,8	39,8	41,8	42,7	43,7	45,6	43,5	49,0
Rumänien	32,9	31,8	31,8	34,1	37,0	36,6	28,7	30,3	26,9	27,5
Bulgarien	42,9	42,3	42,3	43,0	37,4	38,9	41,5	43,3	40,0	41,3
Slowenien	22,7	22,5	23,5	17,9	20,6	22,3	26,3	28,7	29,1	32,1
Estland	33,6	31,1	35,0	26,3	23,7	25,6	21,4	20,2	19,6	20,3
Lettland	24,0	22,5	24,5	24,3	24,7	23,5	22,6	24,5	24,6	23,9
Litauen	45,3	43,2	43,9	36,5	40,5	37,2	31,7	42,4	40,9	43,4
Luxemburg	18,6	16,7	22,5	24,0	27,2	29,5	26,4	25,1	27,7	18,5
Malta	35,3	31,8	31,8	26,8	24,2	29,3	26,3	24,2	27,2	36,0
Slowakei	28,0	27,0	25,6	21,2	22,2	24,8	25,4	26,9	25,1	28,0
Zypern	41,1	42,5	39,7	30,7	30,8	31,4	31,1	32,1	27,8	30,0

Quelle: Eurostat.

kaum mehr Waren aus den EU-27-Mitgliedsländern bezogen als vor Beginn der Währungsunion.

Frankreichs Importe beim Extrahandel waren seit 2001 leicht rückläufig. Andere große Länder, wie Großbritannien, Italien oder Spanien, haben dagegen erneut seit dem Jahr 2001 deutlich mehr aus dem übrigen Ausland importiert. Gleichfalls haben die kleineren Mitgliedsländer, insbesondere auch die Beitrittsländer aus Osteuropa, deutliche Vorteile aus dem gemeinsamen Binnenmarkt hinsichtlich des ungehinderten Marktzugangs erzielen könne. Andere Länder, wie beispielsweise Zypern, mussten sogar einen deutlichen Rückgang beim Extrahandel bei den Importen von 41,1% im Jahr 2001 auf 30% im Jahr 2010 verzeichnen. Wenn man also die Rolle Deutschlands betrachtet, dann zeigt sich hinsichtlich der Importe aus den EU-27-Mitgliedsländern kaum ein größerer Zuwachs. Nur seit Ausbruch der Krise im Jahr 2008 nehmen die Importe aus diesen Ländern zu, d.h. Deutschland hat aufgrund seines überdurchschnittlichen Wachstums gegenüber den EU-27-Ländern diesen günstigere Exportchancen nach Deutschland eröffnet. Deutschlands Wirtschaftsaufschwung nach dem drastischen Einbruch nutzte den übrigen EU-Ländern und schadete ihnen nicht.

Solche Muster zeigen sich auch, wenn man diese Entwicklungen anhand der jeweiligen Anteile der einzelnen Länder am gesamten Extrahandel der EU 27 betrachtet. Hier steigt zwar der Ausfuhranteil Deutschland in den Jahren 2001 bis 2010 um 1,8 Prozentpunkte. Stattdessen sind es auch hier eher die kleineren Länder, wie die Niederlande oder Belgien, die ihren Anteil um 1,9 bzw. 0,9 Prozentpunkte im Zeitraum 2001 bis 2010 ausweiten konnten. Des Weiteren sind es die osteuropäischen Beitrittsländer, Polen, Ungarn, die Tschechische Republik, die Slowakei, Litauen und Rumänien, die einen deutlichen Zuwachs gegenüber den westeuropäischen Ländern zu verzeichnen hatten. Bemerkenswert ist gleichfalls, dass Portugal und Griechenland ihre Anteile weitgehend halten konnten. Sie sind also nicht Opfer des deutschen Export-

Tab. 3
Anteile des Extrahandels der einzelnen EU-27-Mitgliedsländer an den gesamten Extrahandelsausfuhren

	Ausfuhranteile der einzelnen EU-27-Mitgliedsländer (Extrahandel) am gesamten Extrahandel des jeweiligen Landes in % (Warengruppen SITC 0 bis 6)									
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Europäische Union (27 Länder)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Deutschland	26,3	26,7	26,8	27,2	26,5	27,7	27,4	27,5	27,6	28,1
Frankreich	14,6	13,7	13,3	13,0	12,9	11,7	11,3	11,6	11,9	11,4
Vereinigtes Königreich	13,8	12,8	12,7	12,1	12,5	11,4	10,8	10,3	10,3	10,5
Italien	12,0	11,8	11,5	11,4	11,0	11,1	11,5	11,6	11,3	10,7
Niederlande	5,4	5,7	5,9	6,1	6,3	6,6	7,1	7,0	7,4	7,3
Belgien	5,3	6,3	5,9	5,9	5,9	5,9	6,1	5,7	5,8	6,2
Schweden	3,9	4,0	4,3	4,3	4,1	4,0	3,9	3,8	3,6	3,8
Spanien	3,8	3,8	3,9	4,0	4,1	4,2	4,4	4,4	4,5	4,4
Irland	3,7	3,6	3,5	3,3	3,0	2,7	2,6	2,4	2,9	2,7
Österreich	2,2	2,3	2,4	2,6	2,7	2,6	2,6	2,6	2,5	2,5
Finnland	2,2	2,1	2,2	2,2	2,2	2,3	2,3	2,2	1,8	1,8
Dänemark	2,0	2,1	2,0	1,9	1,9	1,8	1,8	1,8	2,0	1,9
Polen	0,9	0,9	1,0	1,2	1,5	1,6	1,7	2,0	1,8	1,9
Tschechische Republik	0,6	0,7	0,6	0,7	0,9	0,9	1,1	1,1	1,1	1,2
Ungarn	0,6	0,6	0,7	0,8	0,9	1,1	1,2	1,2	1,2	1,2
Portugal	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7	0,8	0,7	0,7
Griechenland	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Rumänien	0,4	0,4	0,4	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8	0,7	0,8
Bulgarien	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,5	0,4	0,5
Slowenien	0,3	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,6	0,5	0,5
Estland	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Lettland	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2
Litauen	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,5	0,4	0,5
Luxemburg	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2
Malta	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Slowakei	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,4	0,5	0,5	0,5	0,6
Zypern	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Quelle: Eurostat.

wachstums innerhalb der EU 27. Vielmehr zeigt sich hier, wie nicht anders zu erwarten, dass die osteuropäischen neuen Mitgliedsländer aufgrund ihres späteren Beitritts als die westeuropäischen in der zurückliegenden Dekade vom EU-Binnenmarkt und der Eurozone – soweit sie Mitglied dieser geworden sind – am stärksten zu Lasten der bisherigen großen westeuropäischen Mitgliedsländer, mit Ausnahme Deutschlands, profitiert haben. Deutschland hat zwar seinen Extrahandel bei den Ausfuhren ausgeweitet, aber die Exporterfolge der osteuropäischen Länder auf dem EU-Binnenmarkt sind insgesamt weitaus gewichtiger mit 4 Prozentpunkten Zuwachs im Zeitraum von 2001 bis auf 2010. Es ist daher die gesunkene Wettbewerbsfähigkeit der großen westeuropäischen Länder gegenüber den osteuropäischen neuen Mitgliedstaaten, die den Verlust am Extrahandel bei den Ausfuhren erklären. Aus Sicht der Extrahandelsstatistik ist es zunächst die Osterweiterung, die hier bedeutsamer als der deutsche Handelserfolg zu Buche schlägt. Osteuropäische Länder haben daher zu Lasten der süd- und westeuropäischen Länder seit der Einführung des Euro und ihrem Beitritt zum gemeinsamen Binnenmarkt am meisten von den dadurch für sie neu geschaffenen Rahmenbedingungen profitiert.

Bei der Betrachtung der Importseite wird diese Entwicklung noch deutlicher. Deutschlands Anteil ist hier sogar mit 0,2 Prozentpunkten leicht rückläufig. Gewinner bei den Importen sind hier insbesondere die Niederlande und Spanien zu Lasten Frankreichs und Großbritanniens. Im Fall der Niederlande kann allerdings die seit Abschaffung der Zollgrenzen schwierigere Erfassung der Weiterleitung in andere Mitgliedsländer des EU-27-Binnenmarkts eine Überschätzung zur Folge haben. Dies gilt sowohl bei den Einwie auch bei den Ausfuhren.

Ein Teil der Handelsanteile könnte insbesondere auch Deutschland zugerechnet werden, da der Hafen von Rotterdam als Ausfuhrhafen auch innerhalb der EU 27 eine besondere Rolle beim Extrahandel insbesondere Deuschlands

Tab. 4
Anteile des Extrahandels der einzelnen EU-27-Mitgliedsländer an den gesamten Extrahandelseinfuhren

	Einfuhranteile der einzelnen EU-27-Mitgliedsländer (Extrahandel) am gesamten Extrahandel des jeweiligen Landes in % (Warengruppe SITC o bis 6)									
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Europäische Union (27 Länder)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Deutschland	19,6	19,0	19,4	19,2	18,8	19,4	19,0	18,7	19,5	19,4
Frankreich	12,2	11,7	11,2	11,2	11,2	9,8	9,8	9,9	10,3	9,6
Vereinigtes Königreich	18,2	17,6	16,3	16,2	15,3	15,0	14,3	12,8	13,5	13,6
Italien	10,3	10,4	10,3	10,5	10,6	11,1	11,0	11,1	10,5	11,0
Niederlande	11,0	11,1	11,3	11,7	12,5	12,3	12,5	13,1	13,4	13,8
Belgien	5,7	6,1	5,9	6,1	6,1	5,9	6,2	6,1	6,1	6,0
Schweden	2,2	2,2	2,2	2,2	2,3	2,3	2,3	2,3	2,3	2,5
Spanien	5,5	5,7	6,0	6,5	7,1	7,4	7,3	7,4	6,6	6,7
Irland	1,9	2,0	1,9	1,7	1,6	1,4	1,3	1,1	1,3	1,0
Österreich	1,7	1,7	1,7	1,6	1,7	1,6	1,7	1,8	1,9	1,8
Finnland	1,1	1,2	1,3	1,3	1,3	1,5	1,5	1,5	1,3	1,2
Dänemark	1,4	1,4	1,4	1,6	1,5	1,4	1,4	1,3	1,5	1,3
Polen	1,7	1,9	2,0	1,7	1,7	2,0	2,3	2,6	2,4	2,6
Tschechische Republik	1,1	1,3	1,4	1,1	1,0	1,1	1,2	1,4	1,4	1,6
Ungarn	1,3	1,5	1,6	1,5	1,4	1,4	1,5	1,5	1,4	1,4
Portugal	1,0	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	0,9	0,9
Griechenland	1,3	1,6	1,8	1,6	1,5	1,6	1,7	1,8	1,8	1,6
Rumänien	0,6	0,6	0,7	0,9	1,0	1,1	1,0	1,1	0,9	0,9
Bulgarien	0,4	0,4	0,4	0,5	0,4	0,4	0,6	0,7	0,6	0,5
Slowenien	0,3	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	0,4	0,5	0,5	0,5
Estland	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1
Lettland	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1
Litauen	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,6	0,4	0,5
Luxemburg	0,3	0,2	0,3	0,4	0,4	0,5	0,4	0,3	0,4	0,2
Malta	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Slowakei	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,7	0,8	0,9	0,8	0,9
Zypern	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1

Quelle: Eurostat.

Tab. 5
Handelsbilanzsalden der einzelnen EU-27-Mitgliedsländern am gesamten Intrahandel der EU 27 in Mrd. Euro

	Handelsbilanzsalden der einzelnen EU-27-Mitgliedsländer des jeweiligen Landes im Extrahandel in Mrd. Euro (Warengruppen SITC 0 bis 6)									
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Europäische Union (27 Länder)	–94,436	–45,068	–66,028	–74,567	–126,849	–192,686	–194,459	–256,424	–109,353	–158,986
Deutschland	39,948	60,624	52,107	61,554	56,862	59,201	67,682	67,629	67,069	85,981
Frankreich	10,112	13,102	10,538	8,658	4,499	3,279	393	–3,687	6,806	8,538
Vereinigtes Königreich	–55,975	–50,080	–42,713	–51,213	–48,635	–70,155	–71,698	–66,619	–49,485	–64,068
Italien	5,867	8,094	3,076	408	–9,183	–20,662	–15,317	–21,461	–3,072	–21,435
Niederlande	–59,700	–53,326	–54,257	–62,562	–81,907	–89,768	–91,202	–113,575	–81,145	–109,359
Belgien	–8,999	–739	–3,307	–5,758	–8,919	–10,986	–13,194	–21,248	–9,081	–7,945
Schweden	13,487	15,267	16,545	18,141	16,548	16,090	15,481	14,437	11,527	14,116
Spanien	–20,728	–20,322	–22,408	–28,917	–40,380	–50,985	–51,025	–58,276	–29,981	–40,863
Irland	14,436	13,470	13,104	14,293	13,551	13,416	14,045	14,596	16,756	21,988
Österreich	3,622	4,947	5,202	8,537	8,367	8,265	8,134	6,695	5,149	6,056
Finnland	7,893	7,664	6,776	7,242	7,011	6,354	6,927	5,220	4,749	5,360
Dänemark	3,791	4,966	3,972	2,238	2,441	2,410	3,090	2,956	3,868	6,224
Polen	–9,426	–9,520	–9,749	–5,923	–4,788	–8,751	–10,699	–14,244	–9,455	–14,073
Tschechische Republik	–5,279	–5,992	–7,605	–3,960	–2,351	–3,667	–4,005	–7,271	–4,185	–7,937
Ungarn	–7,271	–8,315	–8,974	–7,765	–6,444	–6,102	–6,638	–7,448	–4,821	–5,071
Portugal	–5,221	–3,446	–3,265	–4,378	–5,384	–5,156	–5,271	–6,244	–3,198	–4,660
Griechenland	–8,542	–10,478	–12,435	–12,493	–12,969	–15,686	–19,005	–22,445	–16,305	–17,459
Rumänien	–2,569	–2,164	–2,887	–4,159	–5,399	–7,248	–6,448	–7,400	–2,996	–2,491
Bulgarien	–1,242	–1,260	–1,607	–1,981	–991	–1,375	–3,790	–4,780	–2,653	–1,820
Slowenien	461	838	716	1,713	1,559	1,569	692	167	241	–926
Estland	–923	–914	–1,300	–824	–596	–81	–54	333	551	878
Lettland	–459	–426	–605	–659	–755	–808	–854	–524	57	246
Litauen	–1,791	–1,739	–1,454	–1,181	–1,805	–1,649	–1,231	–2,593	–1,156	–1,557
Luxemburg	–1,284	–972	–1,968	–2,602	–3,237	–4,332	–3,441	–3,526	–3,056	–987
Malta	–32	237	111	240	201	66	227	231	60	–25
Slowakei	–3,290	–3,116	–2,382	–2,111	–2,896	–4,510	–5,589	–6,444	–4,334	–6,115
Zypern	–1,322	–1,469	–1,258	–1,108	–1,250	–1,414	–1,668	–1,981	–1,265	–1,581

Quelle: Eurostat.

entlang der Rheinschiene einnimmt (vgl. Gehle-Dechant und Krockow 2009). Auch hier wird das Bild bestätigt, dass es vorrangig die Integrationseffekte der neuen Mitgliedsländer Osteuropas sind, die, neben einem gewissen sekundären Effekt Deutschlands, einen Handelsverlagerungseffekt in der zurückliegenden Dekade ausgelöst hat. Deutschland hat jedoch weitaus stärker seinen Handel in die übrige Welt ausgeweitet, als dass es einen intensiven Verdrängungswettbewerb innerhalb der EU 27 oder Eurozone aufgrund niedrigerer Lohnkostenvorteile gesucht hätte. Als führender Hersteller von Automobilen und Investitionsgütern weltweit wie auch innerhalb des EU-Binnenmarkts hat es aber offensichtlich überall Marktanteile hinzugewonnen. Diese Beobachtung passt in das Bild der modernen Handelstheorie (vgl. Krugmann 1992).

Es zeigt sich daher, dass der Exporterfolg der deutschen Wirtschaft weitaus weniger zu Lasten der Mitgliedsländer des EU-Binnenmarkts erzielt worden ist, als dies von den Kritikern des exportorientierten Wachstums innerhalb Europas geltend gemacht werden soll. Die sich im Zuge der Globalisierung weiter vertiefende internationale Spezialisierung und Arbeitsteilung hat die komparativen Vorteile des Produktionsstandorts Deutschland weiter in den Bereichen zunehmen lassen, in denen es bereits vorher komparative Vorteile besessen hat. Dies sind insbesondere die Kernbereiche der Investitionsgüter mit den Schwerpunkten Fahrzeugbau, Maschinenbau, Elektrotechnik und chemische Erzeugnisse. Mit dem rapiden Wachstum des Welthandels hat die deutsche Wirtschaft hiervon im globalen Maßstab sehr viel mehr profitiert, als dies allein im europäischen Binnenmarkt der Fall war. Die dortige relativ zur Weltwirtschaft existierende Wachstumsschwäche verlagerte den deutschen Warenhandel vielmehr in andere Teile der Welt, die ein deutlich höheres Wirtschaftswachstum zu verzeichnen hatten. Hier sind insbesondere die USA sowie die BRICS-Staaten zu nennen.

Leistungsbilanzsalden insbesondere im Reiseverkehr

Was Deutschland im Extrahandel an Überschüssen erwirtschaftet, wird zu einem erheblichen Teil wieder beim Dienstleistungshandel insbesondere im Reiseverkehr ausgeglichen. Deutschland verzeichnete so beim Reiseverkehr im Jahr 2005 ein Defizit von rund 35 Mrd. Euro (vgl. Tab. 6). Dabei

Tab. 6
Reiseverkehr in der Zahlungsbilanz 2005 in Mill. Euro

Land	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
Europäische Union	232 590	235 628	– 3 038
Belgien	7 929	11 939	– 4 010
Tschechische Republik	3 726	1 942	1 784
Dänemark	3 977	5 195	– 1 218
Deutschland	23 473	58 430	– 34 957
Estland	766	360	406
Griechenland	11 037	2 446	8 591
Spanien	38 494	12 125	26 369
Frankreich	33 981	25 070	8 911
Irland	3 813	4 882	– 1 069
Italien	28 400	17 960	10 440
Zypern	1 879	751	1 128
Lettland	278	476	– 198
Litauen	741	599	142
Luxemburg	2 906	2 398	508
Ungarn	3 433	2 348	1 085
Malta	610	217	393
Niederlande	8 420	12 996	– 4 576
Österreich	12 432	8 883	3 549
Polen	5 058	3 509	1 549
Portugal	6 376	2 473	3 903
Slowenien	1 449	770	679
Slowakei	1 011	731	280
Finnland	1 757	2 460	– 703
Schweden	5 957	8 667	– 2 710
Vereinigtes Königreich	24 687	48 001	– 23 314
Island	331	788	– 457
Norwegen	2 641	7 841	– 5 200

Salden weichen aufgrund von Rundungsdifferenzen teilweise von den Salden ab, die Spörel veröffentlicht hat. Diese wurden als Differenz aus den ganzzahligen Einnahmen und Ausgaben berechnet.

Quelle: Spörel (2007).

sind vor allem die südeuropäischen Länder als Reiseziele bei den deutschen Reisenden besonders beliebt (vgl. Tab. 7; vgl. Wirtschaft und Statistik 2007).

Die Überschüsse im Warenhandel gegenüber den übrigen Ländern der EU 27 bzw. der Eurozone relativieren sich also, zieht man die Leistungsbilanz und die darin bei Deutschland besonders gewichtigen Defizite beim Reiseverkehr mit heran. Ein weiterer Faktor, der derzeit wieder an Bedeutung gewinnt, sind die Übertragungen von Einkommen von Arbeitskräften aus diesen Ländern, die in Deutschland eine Beschäftigung aufnehmen. Damit entlastet Deutschland den Arbeitsmarkt der Länder, aus denen diese Arbeitskräfte abwandern, und schafft mittels Transferzahlungen weitere Einnahmen.

Saldiert man den Handelsbilanzüberschuss aus dem Extrahandel aus dem Jahr 2005 von Deutschland mit rund 57 Mrd. Euro mit dem Defizit aus dem Reiseverkehr des gleichen Jahres von rund 35 Mrd. Euro, dann bleibt ein Handelsbilanzüberschuss von 22 Mrd. Euro übrig. Wahrhaftig kein Betrag, der zu der Aussage berechtigt, Deutschland sei der größte Gewinner des EU-Binnenmarkts und der Währungsunion.

Reale effektive Wechselkurse der Eurozone im Vergleich

Der effektive Wechselkurs dient der Messung der Wertentwicklung einer Währung gegenüber den Wechselkursen zu anderen Währungen. Er ist damit methodisch mit dem Preisindex hinsichtlich der durchschnittlichen internationalen Wettbewerbsfähigkeit vergleichbar. Als Gewichte gehen dabei die jeweiligen Anteile des bilateralen Handels mit den einzelnen Ländern ein. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIS) veröffentlicht regelmäßig aufgrund monatlicher Durchschnittswerte zwei reale Wechselkursindizes (vgl. Klau und Fung 2006). Dabei wird neben der Veränderung der Wechselkurse und der Gewichtung mit den Handelsanteilen von 67 Ländern (zuvor wurden nur 27 berücksichtigt) auch die Veränderung der Inflationsraten innerhalb der Länder berücksichtigt. Die BIS verwendet dafür die Verbraucherpreisindizes als Maß für die allgemeine inländische Inflationsentwicklung. Schließlich wird die Wettbewerbsfähigkeit sowohl durch die Veränderungen der Gesamtheit der bilateralen Wechselkurse, der Handelsströme sowie der inländischen Inflationsentwicklung insgesamt beeinflusst. Es ist damit ein integriertes zusammengesetztes Maß für die Gesamtheit aller dieser Einflussgrößen und bildet die preisliche internationale Wettbewerbsfähigkeit besser ab als nur ein Vergleich auf Basis der realen Lohnstückkosten. Zur Verbesserung der Vergleichbarkeit der effektiven realen Wechselkurse untereinander wurden diese auf eine gemeinsame Indexbasis (Basisjahr: 2010) normalisiert. Durch diesen Indikator werden auch Effekte aufgrund von Inflationsdifferentialen zwischen den einzelnen Mitgliedsländern der Eurozone hinsichtlich der inländischen Inflationsentwicklung erfasst. Lohnsteigerungen, die sich in höheren inländischen Verbraucherpreisen niederschlagen, aber nur dann wenn sie voll überwälzt werden können, werden also berücksichtigt.

Zunächst wurde der Index des realen effektiven Wechselkurses, im Folgenden kurz der Wechselkurs, der Eurozone, denen der USA, China, Indiens, Südkorea, Japan, Malaysias und Thailands gegenübergestellt. Der Wechselkurs der

Tab. 7
Die jeweils drei wichtigsten Herkunftsländer ausländischer Touristen für die Länder der Europäischen Union sowie Island und Norwegen 2005

Zielland	Anteil der Übernachtungen von Gästen aus den jeweils drei wichtigsten Herkunftsländern an den Übernachtungen von Nichtinländern insgesamt						
	1. Markt		2. Markt		3. Markt		Zusammen
	Land	%	Land	%	Land	%	%
Europäische Union	Deutschland	23,8	Vereinigtes Königreich	17,3	Niederlande	8,0	49,1
Belgien	Niederlande	31,7	Vereinigtes Königreich	14,1	Deutschland	12,6	58,4
Tschechische Republik	Deutschland	30,0	Vereinigtes Königreich	9,2	Italien	6,0	45,2
Dänemark	Deutschland	29,5	Schweden	16,6	Norwegen	16,4	62,5
Deutschland	Niederlande	17,5	Vereinigte Staaten	9,2	Vereinigtes Königreich	8,2	34,9
Estland	Finnland	53,0	Schweden	7,9	Deutschland	7,2	68,1
Griechenland	Deutschland	22,9	Vereinigtes Königreich	18,8	Italien	7,4	49,1
Spanien	Vereinigtes Königreich	33,0	Deutschland	26,1	Niederlande	5,7	64,8
Frankreich	Vereinigtes Königreich	20,8	Niederlande	16,2	Deutschland	12,1	49,1
Irland	–	–	–	–	–	–	–
Italien	Deutschland	30,0	Vereinigtes Königreich	8,6	Vereinigte Staaten	7,7	46,3
Zypern	Vereinigtes Königreich	55,8	Deutschland	10,5	Russische Föderation	5,1	71,4
Lettland	Deutschland	15,8	Finnland	11,0	Vereinigtes Königreich	8,2	35,0
Litauen	Deutschland	18,7	Polen	13,1	Russische Föderation	8,3	40,1
Luxemburg	Niederlande	40,3	Belgien	19,5	Deutschland	10,5	70,3
Ungarn	Deutschland	30,7	Vereinigtes Königreich	7,6	Österreich	6,6	44,9
Malta[a)]	Vereinigtes Königreich	40,5	Deutschland	12,1	Italien	6,6	59,2
Niederlande	Deutschland	39,8	Vereinigtes Königreich	14,5	Belgien	9,5	63,8
Österreich	Deutschland	55,1	Niederlande	9,3	Vereinigtes Königreich	4,8	69,2
Polen	Deutschland	44,8	Vereinigtes Königreich	5,9	Vereinigte Staaten	4,4	55,1
Portugal[a)]	Vereinigtes Königreich	29,6	Deutschland	16,3	Spanien	10,7	56,6
Slowenien	Italien	19,6	Österreich	15,5	Deutschland	15,5	50,6
Slowakei	Tschechische Republik	28,0	Deutschland	20,9	Polen	12,1	61,0
Finnland	Schweden	13,3	Deutschland	12,1	Russische Föderation	11,1	36,5
Schweden	Norwegen	24,5	Deutschland	19,3	Dänemark	9,7	53,5
Vereinigtes Königreich	Vereinigte Staaten	20,2	Deutschland	9,3	Frankreich	7,1	36,6
Island	Deutschland	17,5	Vereinigtes Königreich	13,5	Vereinigte Staaten	10,2	41,2
Norwegen	Deutschland	22,8	Dänemark	13,9	Schweden	11,4	48,1

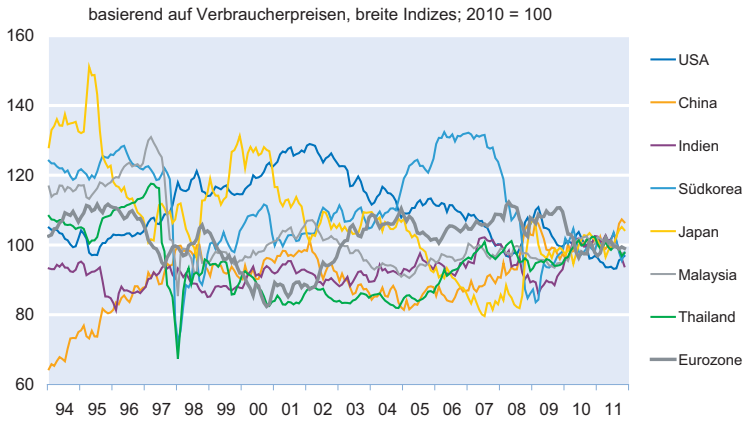
[a)] Daten von 2004.

Quelle: Spörel (2007).

Eurozone ist vergleichsweise stabil über den Beobachtungszeitraum von 1994 bis 2011. Selbst der Wechselkurs der USA schwankt deutlich stärker. Einer Aufwertung um fast 30 Indexpunkte im Jahr 2002 folgt eine Abwertung auf fast 95 Indexpunkte im Jahr 2011. Im relativen Vergleich zum Index der Eurozone ist diese Abweichung noch ausgeprägter. Auch China weist einen deutlichen Aufwertungsschub in den 1990er Jahren von 65 Indexpunkten im Jahr 1994 auf rund 100 Indexpunkte im Jahr 1998 auf. Seitdem blieb er bis zum Jahr 2002 relativ stabil, um danach wieder auf etwas mehr als 80 Indexpunkte zurückzufallen. Nach massivem Druck der USA, den Yuan gegenüber dem US-Dollar aufzuwerten, fand erneut eine Phase der schrittweise Aufwertung statt, die im Jahr 2008 mit etwa 110 Indexpunkten einen vorübergehenden Gipfel erreichte. Mit Ausbruch der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise setzte dieser Prozess vorübergehend aus. Allerdings gibt es seit 2010 aufgrund einer überdurchschnittlichen inländischen Inflationsbeschleunigung in China am aktuellen Rand einen erneuten Aufwertungsprozess. Japan gehört hingegen zu den Ländern, die insbesondere in der zurückliegenden Dekade massiv ihre Währung gegenüber ihren Handelspartnern abgewertet haben. Von rund 130 Indexpunkten im Jahr 2000 fiel der Wechselkurs auf 80 im Jahr 2007. Seitdem steigt er wieder an und liegt am aktuellen Rand knapp unter 110 Indexpunkten. Hinzu kommt, dass sich die massiven Abwertungen der anderen asiatischen Währungen nach dem Ausbruch der Asienkrise im Jahr 1998 (vgl. Erber 1999) sukzessive wieder abgebaut haben.

Betrachten wir nun die Entwicklung am aktuellen Rand seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise, dann hat es den Anschein, dass die Wechselkursschwankungen derzeit deutlich abgenommen haben. Allerdings scheint in der zweiten Jahreshälfte 2011 ein Aufwertungsprozess der US-Währung

Abb. 4
Effektive reale Wechselkurse



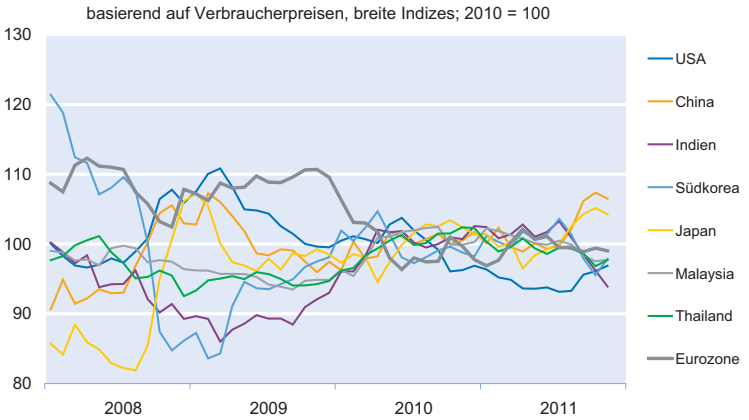
Quelle: BIS.

nach einer längeren Phase der Abwertung stattzufinden. Hierzu hat wohl auch die Eurokrise ihren Beitrag geleistet. Gleichgerichtet ist dies vorübergehend in dem zweiten und dritten Quartal 2011 für den chinesischen Renminbi (Yuan) und den japanischen Yen feststellbar. Offenbar haben beide Länder danach währungspolitische Maßnahmen ergriffen, um diese Entwicklung zu stoppen. Offen bleibt die Frage, ob sich die kurzfristigen Entwicklungen in den kommenden Monaten und Jahren fortsetzen werden. Jedenfalls scheint die globale Krise die Bereitschaft der jeweiligen Regierungen wachsen zu lassen, sich ihre Wechselkursentwicklung möglichst nicht zu Lasten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit auseinander entwickeln zu lassen. Ein Anstieg der Handelskonflikte scheint gerade jetzt zuzunehmen.

Wenden wir uns nun den Veränderungen der realen effektiven Wechselkurse innerhalb der Eurozone plus Großbritannien als Außenseiter zu. Zunächst sticht heraus, dass Großbritannien mit dem Beginn des Konvergenzprozesses der Beitrittsländer zur Eurozone eine deutliche Aufwertung gegenüber dem Ecu und später dem Euro zu verzeichnen hatte (vgl. Abb. 5). Offensichtlich wollte Großbritannien ein starkes englisches Pfund gegenüber anderen Ländern, insbesondere der Eurozone, etablieren. Das hat gewisse Ähnlichkeiten mit der Phase zwischen den beiden Weltkriegen, als Großbritannien durch die Rückkehr zum Goldstandard seine Währung systematisch gegenüber anderen Leitwährungen überbewertete (vgl. Eichengreen 1992). Insgesamt stieg das britische Pfund um rund 30 Indexpunkte und verharrte dort weitgehend bis zum Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008. Seitdem hat die britische Währung diesen Unterschied rasch abgebaut. Des Weiteren ist zu konstatieren, dass Deutschland von 1994 bis zum Jahr 2006 im Vergleich zu den übrigen Ländern der Eurozone einen realen effektiven Wechselkurs ausweist, der immer oberhalb derjenigen der übrigen Länder der Eurozone lag. Man kann kaum davon ausgehen, dass hier Deutschland seine preisliche Wettbewerbsfähigkeit gezielt gegenüber diesen Ländern steigerte.

Allerdings hat mit der Einführung des Euro der Abstand zu den Wechselkursen der anderen Mitgliedsländer der Eurozone abgenommen. Relativ wurde Deutschland also preislich gegenüber anderen Ländern der Eurozone wettbewerbsfähiger, wobei die Ursache in deren stärkeren Preisanstiegen zu sehen ist (vgl. Erber und Hagemann 2010). Man könnte diese Entwicklung dahingehend interpretieren, dass eine große Zahl der Mitgliedsländer der Eurozone zunächst mit einem unterbewerten Wechselkurs gegenüber den später fixierten Wechselkursrelationen der Eurozone beitraten. Dieser preisliche Wettbewerbsvorteil konnte jedoch auf Dauer nicht gehalten werden, da die Einkommens- und Preisentwicklung diese Vorteile gegenüber Deutschland schrittweise erodierte.

Abb. 4a
Effektive reale Wechselkurse

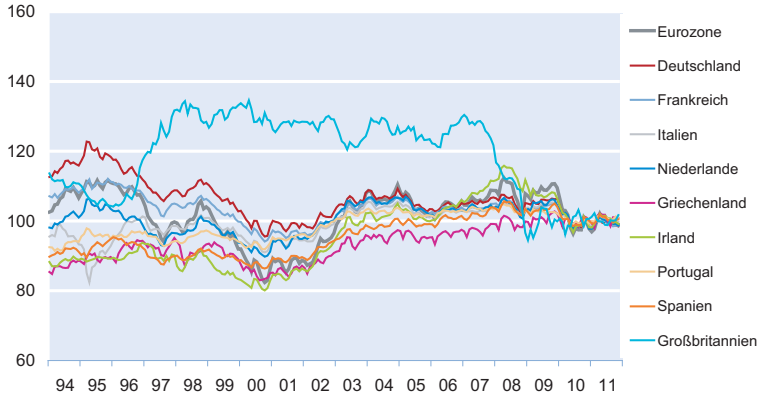


Quelle: BIS.

Insbesondere Länder wie Irland und Italien überschritten nach 2006 mit ihrem Wechselkurs den Durchschnittswert der Eurozone. Es ist nicht verwunderlich, dass sich hieraus insbesondere nach Ausbruch der Krise erhebliche Wettbewerbsprobleme ergeben haben. Italien hat nicht zuletzt wegen anderer Faktoren ein strukturelles Wettbewerbsproblem (vgl. Erber 2011a). Bemerkenswert ist auch, dass sich Griechenlands Wechselkurs bis ins Jahr 2009 am unteren Rand der Kurse für die einzelnen Länder sowie des Durchschnitts der Eurozone bewegte.

Abb. 5
Effektive reale Wechselkurse

basierend auf Verbraucherpreisen, breite Indizes; 2010 = 100



Quelle: BIS.

Die Probleme, die Griechenland im Zuge der Staatsschuldenkrise zu verzeichnen hatte, haben also weniger mit der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zu tun (vgl. Erber 2011b). Diese traten erst später hinzu.

Das Ergebnis mag letztendlich dasselbe sein, aber die Ursachen liegen nicht so sehr in einem vorsätzlichen Lohndumping. Preis- und Einkommensdisziplin sind ja keineswegs Defizite. Sie werden jedoch zu solchen uminterpretiert, wenn diese in anderen Mitgliedsländern der Eurozone nicht gewahrt worden sind. Die jetzt zum zehnjährigen Jubiläum zur Einführung des Euro immer wieder genannte hohe Preisstabilität des Euro, auch im Vergleich zur DM, hätte es ohne die Disziplin Deutschlands bei der Preis- und Einkommensentwicklung nicht gegeben. Da der reale effektive Wechselkurs eine relative Größe darstellt, kann man die Veränderung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Ländern aus zwei Perspektiven beurteilen. Unstrittig sind die Probleme zahlreicher Mitgliedsländer der Eurozone durch das Abschmelzen der preislichen Wettbewerbsvorteile gewachsen. Es verwundert aber nicht, dass der daraus resultierende Korrekturbedarf schwerpunktmäßig bei ihnen lastet.

Griechenland ist allerdings durch die kollektive Abwertung der Wechselkurse der anderen Mitgliedsländer der Eurozone gegenüber Griechenland in Schwierigkeiten geraten und nicht wegen einer hausgemachten Inflation. Es konnte die Abwertungen der anderen Länder nach 2009 nicht nachvollziehen. Damit verschwand der preisliche Wettbewerbsvorteil gegenüber den anderen Ländern der Eurozone vollends. Aktuell ist eine starke Konvergenz der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Mitgliedsländern eingetreten. Damit können aber insbesondere auch andere Faktoren wie qualitative Unterschiede, die nicht über die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gemessen werden, sehr viel mehr auf die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen durchschlagen. Ein weiteres Element besteht darin, dass der Qualitäts-Preis-Trade-off nun zugunsten von qualitativ hochwertigen Produkten deutlicher durchschlägt (vgl. Grossman und Helpman 1991).

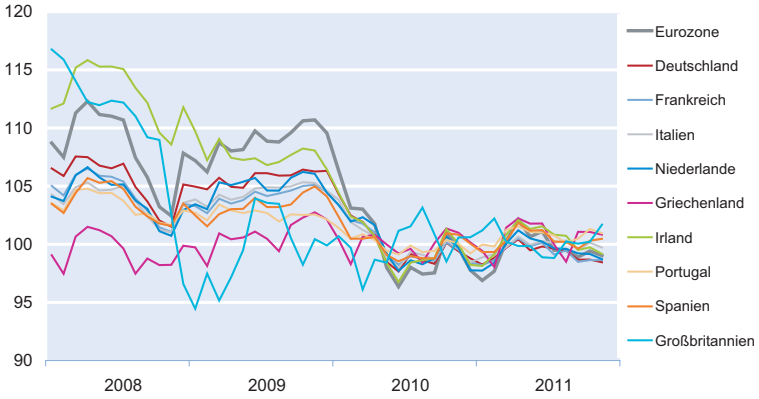
Fazit

Die Untersuchung sollte anhand der allgemein zugänglichen statistischen Daten deutlich machen, dass die Behauptung, Deutschland hätte durch die Währungsunion am meisten von allen Mitgliedsländern profitiert, durchaus mit gebotener Skepsis betrachtet werden kann.

Man war sich insbesondere in Deutschland der Gefahren bewusst, dass das Risiko einer Divergenz der Mitgliedsländer insbesondere mit der wachsenden Anzahl heterogener Mitglieder steigen würde (vgl. De Grauwe 1998). Mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakts sollte hier noch präventiv eine Disziplinierung der einzelnen Mitgliedstaaten erreicht werden.[4] Diese rechtlichen Selbstbindungen haben sich jedoch in den folgenden Jahren als unzureichend erwiesen und nicht die erforderliche fiskalische und wirtschaftspolitische Dis-

Abb. 5a
Effektive reale Wechselkurse

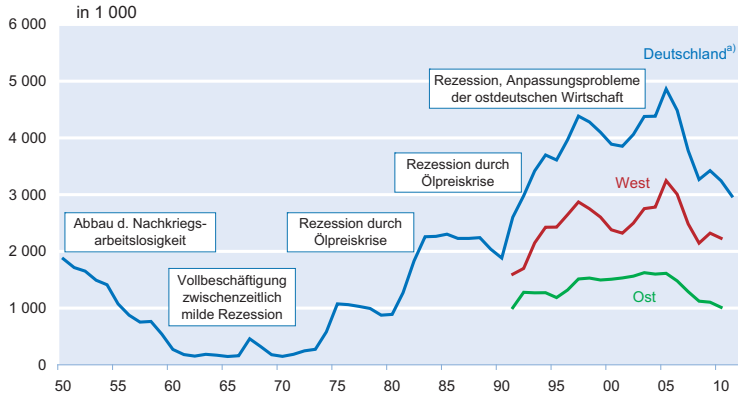
basierend auf Verbraucherpreisen, breite Indizes; 2010 = 100



Quelle: BIS.

[4] Im Rahmen des Maastricht-Vertrags von 1992 einigten sich die EG-Mitgliedstaaten auf Konvergenzkriterien, die Staaten erfüllen müssen, die der dritten Stufe der Europäischen Währungsunion beitreten und den Euro einführen wollen. Auf Initiative des damaligen deutschen Finanzministers Theo Waigel wurden zwei dieser Kriterien auf dem EG-Gipfel 1996 in Dublin auch über den Euro-Eintritt hinaus festgeschrieben. Mit dem am 17. Juni 1997 beschlossenen Vertrag von Amsterdam wurde der Stabilitäts- und Wachstumspakt geltendes EU-Recht.

Abb. 6
Entwicklung der Anzahl der Arbeitslosen, 1950–2011



[a)] Bundesgebiet: Bis 1949 ohne Berlin(West) und Saarland, bis 1958 ohne Saarland, bis 1990 Bundesgebiet West (ohne das Gebiet der ehemaligen DDR).
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

ziplin gewährleisten können. Insbesondere die im Artikel 125 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union vereinbarte No-Bailout-Klausel wurde mit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise in einzelnen Mitgliedsländern de facto aufgegeben. Die erhoffte abschreckende Wirkung des Vertrags war offensichtlich im Zuge der opportunistischen Auslegung durch die Regierungschefs der Mitgliedsländer und der EU-Kommission nicht realistisch. Jetzt ist guter Rat teuer, und ein blame game hat begonnen.

Aus Sicht des Autors dieses Beitrags findet sich für die Ansicht, Deutschland habe am meisten von der Euro-Einführung profitiert, keine überzeugenden empirischen Belege in den offiziellen Statistiken. Stattdessen drängt sich eine andere Interpretation auf. Deutschland war, nachdem es eine Beschäftigungskrise mit rund 5 Mill. Arbeitslosen zu verzeichnen hatte, zu massiven Reformen des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme gezwungen.

Insbesondere hatte sich in Ostdeutschland die Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt. Dabei bestand aus Sicht der deutschen Wirtschaft eine fehlende Wettbewerbsfähigkeit weniger gegenüber den anderen Mitgliedsländern der Eurozone, sondern gegenüber der übrigen Welt, insbesondere gegenüber den Schwellenländern, wie den BRICS-Staaten. Kombiniert mit einer Innovationspolitik, die die deutsche Wirtschaft vorrangig für einen globalen Innovationswettbewerb fit machen sollte (vgl. Erber und Hagemann 2007), konnten danach deutliche Exporterfolge auf den Weltmärkten erzielt werden.

Während innerhalb der Eurozone die deutschen Ausfuhren im Extrahandel relativ schleppend verliefen, hierzu trug nicht zuletzt die Wachstumsschwäche der Eurozone maßgeblich bei, wurde Deutschland rasch in den übrigen Ländern mit seinen Produkten zum Exportschlager (vgl. Deutsche Bundesbank 2011). Deutschland firmierte als sogenannter Exportweltmeister seit dem Jahr 2003 bis zum Jahr 2008.[5] Dabei waren die Zuwächse außerhalb und nicht

[5] http://de.wikipedia.org/wiki/Welthandel/Tabellen_und_Grafiken.

Tab. 8
Außenhandel Deutschland nach Ländern innerhalb Europas, 2008–2010

Land bzw. Region	Prozent-anteil 2010	Jährliche Veränderungsraten in % 2008	2009	2010	Prozent-anteil 2010	Jährliche Veränderungsraten in % 2008	2009	2010
	Ausfuhren				Einfuhren			
Eurozone	41,2	– 0,5	– 18,3	14,3	38,5	2,6	– 18,0	18,9
übrige EU-Staaten	19,6	0,4	– 22,3	18,3	18,6	2,3	– 16,4	21,9
darunter								
Vereinigtes Königreich	6,2	– 8,0	– 17,0	11,7	4,8	– 0,8	– 22,1	18,9
Zentral- und osteuropäische Länder[a)]	9,8	7,5	– 25,8	21,9	10,7	4,0	– 12,6	24,7
Schweiz	4,4	7,3	– 9,0	17,5	4,1	5,0	– 10,2	15,6
USA	6,9	– 2,6	– 23,9	20,6	5,7	1,0	– 15,5	14,7
Japan	1,4	– 2,2	– 14,6	20,6	2,8	– 5,1	– 18,1	16,5
BRIC	10,5	15,2	– 12,0	36,0	15,5	14,4	– 16,4	31,6
darunter								
China	5,6	13,9	9,4	43,9	9,6	7,8	– 6,8	35,0
Russland	2,8	14,7	– 36,2	27,8	4,0	28,4	– 32,1	26,2
Süd und ostasiatische Länder[b)]	4,0	19,9	– 12,2	33,0	4,9	– 6,2	– 14,5	37,7
OPEC	2,7	19,9	– 12,6	13,9	1,2	42,0	– 42,0	19,2
Alle Länder	100,0	2,0	– 18,4	18,5	100,0	4,7	– 17,5	20,0

[a)] Bulgarien, Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien. – [b)] Brunei Daressalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand.
Quelle: Deutsche Bundesbank.

Tab. 9
Nachfrage nach Waren- und Dienstleistungen von Unternehmen und Haushalten aus Deutschland aus den übrigen europäischen Ländern, Durchschnitt der Jahre 2008–2010

Land bzw. Region	Deutsche Nachfrage nach Gütern- und Dienstleistungen			Prozentanteile ausgewählter Güter und Dienstleistungen						
	in Mrd. Euro	Prozent-anteil an den Aus-fuhren der Ursprungs-länder	Prozentanteil am BIP der Ursprungs-länder	Zwischen-produkte und Energie	Investitionsgüter ohne Automobile und Automobil-fahrzeugteile	Automobile und Automobil-fahrzeugteile	Konsum-güter[a)]	Reise	Transport-dienst-leistungen	übrige Dienst-leistungen
EU	544,5	14,7	5,6	32	14	10	15	7	4	9
Eurozone (16)	368,9	14,7	5,5	32	13	9	15	8	4	8
Frankreich	72,5	15,3	3,8	26	26	10	12	5	3	10
Italien	52,3	13,1	3,4	29	14	10	19	11	3	6
Spanien	30,4	11,5	2,9	19	7	19	12	22	4	7
Niederlande, Belgien und Luxemburg	118,1	15,4	12,2	47	7	5	14	4	4	8
Österreich	43,9	29,1	15,7	28	12	13	10	14	4	10
Griechenland, Portugal, Zypern, Malta	12,3	10,9	2,9	17	7	5	18	21	18	9
Irland	18,6	12,5	11,3	12	12	0	51	2	1	19
Slowakei, Slowenien	13,0	18,3	13,0	29	14	25	18	2	3	4
Finnland	7,7	10,4	4,3	54	16	4	3	3	3	11
Vereinigtes Königreich	54,5	11,1	3,2	32	15	9	8	3	5	23
Schweden, Dänemark	29,3	10,4	5,3	35	13	5	16	7	5	7
Zentral- und osteuropäische EU-Mitgliedsländer (8)	91,9	22,2	11,4	27	16	18	15	6	6	4
darunter										
Polen	31,4	23,3	9,2	27	11	13	21	7	8	4
Tschechische Rep.	30,9	29,6	21,5	31	18	18	10	6	3	3
Schweiz	41,9	21,2	11,7	29	18	1	18	6	3	18
Türkei	14,0	12,2	2,8	12	8	7	34	24	5	4

[a)] Der Anteil bei den Konsumgütern besteht zu einem großen Anteil aus Arzneimitteln, die dieser Kategorie zugeordnet werden. Sie sind jedoch meist nicht dort hergestellt worden, sondern werden zu einem erheblichen Teil an die jeweiligen Handelspartner der EU weitergeleitet.

Quelle: Deutsche Bundesbank (2011).

innerhalb der Eurozone überproportional. Insbesondere in den USA und den BRICS-Staaten, mit China an der Spitze (vgl. Erber 2011c), wurde das deutsche Export-, und daran gekoppelt das Beschäftigungswunder, erzielt (vgl. Tab. 8). Der vergleichsweise bescheidene Verdrängungseffekt in der Eurozone in den letzten zwei bis drei Jahren im Extrahandel ist dabei von untergeordneter Bedeutung (vgl. Tab. 9).

Stattdessen profitieren die Länder in Europa von der Exportstärke Deutschland in die übrige Welt. Schließlich führt die Verflechtung mit den europäischen Ländern zu einer induzierten Nachfrage, die die Wirtschaft in diesen Ländern insbesondere als Zulieferer Wachstumsimpulse vermittelt. Der Leistungsbilanzüberschuss gegenüber der übrigen Welt mit über 141,4 Mrd. Euro im Jahr 2010 übersteigt deutlich den Wert in der Eurozone.

Offenbar hat die deutsche Wirtschaft, als traditionell exportorientiert, die Chancen der Globalisierung sehr viel erfolgreicher weltweit in den dynamischen Wachstumsregionen nützen können als zahlreiche Länder der Eurozone. Dies schafft jedoch aufgrund der erfolgreichen Marktexpansion positive Rückkopplungseffekte durch Skalen und Scope (vgl. Chandler 1990). Solange daher die Weltwirtschaft deutlich rascher als die Eurozone wächst, bietet die Exportorientierung der deutschen Wirtschaft komparative Vorteile gegenüber anderen Mitgliedsländern der Eurozone, die stärker auf den Binnenmarkt ausgerichtet sind (vgl. Dreger, Bernoth und Junker 2011). Ohne die Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands würde die Eurozone ein ähnlich hohes Leistungsbilanzdefizit wie die USA ausweisen müssen.

Die moderne Außenhandelstheorie legt auch einen viel stärkeren Akzent auf die Innovationsfähigkeit (vgl. Eaton und Kortum 2002) und weitere Faktoren, wie Marktmacht in oligopolistischen Märkten gegenüber dem reinen Preiswettbewerb (vgl. Helpman, Melitz und Rubinstein 2007; 2008; Helpman, Melitz und Yeaple 2004). Der Zugewinn an Weltmarktanteilen der deutschen Wirtschaft besteht daher zu einem erheblich größeren Teil aus der Fähigkeit, innovative Produkte mit hochqualifiziertem Humankapital (vgl. Dreger und Erber 2011; Dreger, Erber und Glocker 2010) insbesondere im Bereich der Investitionsgüter und insbesondere im Automobilbau zu produzieren, die entsprechend höhere Mark-Ups ermöglichen und damit einen ruinösen Preiswettbewerb vermeiden können. Die Obsession, alles nur einer preislichen Wettbewerbsfähigkeit zurechnen zu wollen, wird dem aktuellen Geschehen auf den Weltmärkten nicht mehr gerecht.

Literatur

Buch, C.M. und D. Piazolo (2001), »Capital and trade flows in Europe and the impact of enlargement«, *Economic Systems* 25(3), 183–214.

Bundesregierung (2011), »Starker Euro wichtig für Deutschland«, *Magazin für Wirtschaft und Arbeit* (1), online verfügbar unter: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Magazine/02MagazinWirtschaftArbeit/01/s1-starker-euro-wichtig-fuer-deutschland.html.

De Grauwe, P. (1998), »Core-Periphery-Relations in EMU«, in: D. Duwendag (Hrsg.), *Finanzmärkte im Spannungsfeld von Globalisierung, Regulierung und Geldpolitik,* Schriften des Verein für Sozialpolitik 261, Duncker & Humblodt, Berlin, 163–177.

Deutsche Bundesbank (2011), »The German balance of payments in 2010«, *Monthly Report,* March, 17–36.

Die Welt (2011), »EU-Kommissionspräsident: Deutschland profitiert am meisten vom Euro«, 11. Oktober.

Dreger, C., K. Bernoth und S. Junker (2011), *Neue Zielmärkte im Rahmen der Außenwirtschaftsoffensive,* Workshop vom 1. November 2011 im BMWi, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.

Dreger, C. und G. Erber (2011), »Regionale Innovationssysteme in der EU«, *Wirtschaftsdienst* 91(8), 565–571.

Dreger, C., G. Erber und D. Glocker (2010), »Regional Measures of Human Capital in the European Union«, IZA Discussion Papers 3919, Institut für Zukunft der Arbeit (IZA), Bonn.

Dullien, S., H. Herr und Ch. Kellermann (2009), *Der gute Kapitalismus – und was sich dafür nach der Krise ändern müsste,* transcript Verlag, Bielefeld.

Eaton, J. und S. Kortum (2002), »Technology, geography, and trade«, *Econometrica*, 1741–1779.

Eichengreen, B. (1992), *Gold Fetters, The Gold Standard and the Great Depression, 1919–1939,* Oxford University Press, New York und Oxford.

Erber, G. (1999), »The End of the Asian Miracle – Consequences and Repercussions«, *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 68(1), 76–85.

Erber, G. (2011a), »Italy's Fiscal Crisis«, *Intereconomics, Review of European Economic Policy* 76(6), 332–339.

Erber, G. (2011b), »Staatsverschuldung und Financial Engineering«, *DIW-Wochenbericht* 78(36), 11–19.

Erber, G. (2011c), »Deutsch-chinesische Wirtschaftsbeziehungen: Chancen und Risiken«, *DIW-Wochenbericht* 78(50), 3–7.

Erber, G. und H. Hagemann (2007), »Deutsche Innovationspolitik: Herausforderungen im Zuge der Globalisierung«, *DIW-Wochenbericht* 74(16), 231–234.

Erber, G. und H. Hagemann (2010), »Monetary Policy Challenges of the ECB Facing a Divergent Inflationary Process in the EMU Area«, in: G. Fontana, J. McCombie und M.C: Sawyer (Hrsg.), *Macroeconomics, Finance and Money, Essays in Honour of Philip Arestis,* Palgrave McMillan, Basingstoke, New York, 54–74.

Flassbeck, H. (2009), »Deutschland spaltet die Währungsunion«, *Focus Money,* 11. März.

Gehle-Dechant, S. und A. Krocko (2009), »Neufassung der EU-Rechtsvorschriften für die Außenhandelsstatistik«, *Wirtschaft und Statistik* (4), 291–295.

Grossman, G.M und E. Helpman (1991), »Quality Ladders in the Theory of Growth«, NBER Working Papers 3099, National Bureau of Economic Research.

Hahne, P. (2005), »Arbeit zu überhöhten Preisen«, *Kölner Stadtanzeiger,* 9. März.

Helpman, E., M. Melitz und Y. Rubinstein (2007), »Estimating Trade Flows: Trading Partners and Trading Volumes«, NBER Working Paper 12927, National Bureau of Economic Research.

Helpman, E., M. Melitz und Y. Rubinstein (2008), »Estimating Trade Flows: Trading Partners and Trading Volumes«, *Quarterly Journal of Economics* 123(2), 441–487.

Helpman, E., M. Melitz und S. Yeaple (2004), »Export versus FDI with heterogeneous firms«, *American Economic Review* 94(1), 300–316.

Klau, M. und S.S: Fung (2006), »The new BIS effective exchange rate indices«, *BIS Quarterly Review* 55, March,51–65.

Krugman, P. (1992), *Geography and Trade,* The MIT Press, Cambridge, Massachusetts.

McCallum, J. (1995), »National borders matter: Canada-US regional trade patterns«, *American Economic Review* 85(3), 615–623.

Potratz, W. und B. Widmaier (Hrsg.) (1998), *East European Integration and New Division of Labour in Europe,* Workshop Documentation, Graue Reihe des Instituts für Arbeit und Technik, Gelsenkirchen.

Spörel, I. (2007), »Grenzüberschreitender Tourismus in Europa: Einreise- und Ausreiseverkehr«, *Wirtschaft und Statistik* (7), 663–669.

Datenquellen

Reale Lohnstückkosten bei Eurostat (prozentuale Veränderungsraten), online verfügbar unter: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsieb070.

Intra-Handel nach Mitgliedsländern der EU 27 bei Eurostat, online verfügbar unter: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tet00039&plugin=1.

Reale Effektive Wechselkurse breite Basis, 2010 = 100, monatliche Durchschnitte der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, online verfügbar unter: http://stats.bis.org/bis-stats-tool/org.bis.stats.ui.StatsApplication/ResultDownload?format=csv&compress=false&bookmark=true&query=eJxjYGDUn2gfelhBwMkzONzVKd7ZMSTY2cPV15VBCCri6hrk4hji6ObjH84AAexrgAQTkL5d%2F%2F%2F%2F%2Ff0ZGMI%2FFLcg1EMhiZGD0ZeACaop3cgz2dg2BCDkxQLQwMDNwAc0FGRptFItgGyOxTWLBeuB8w1gGAKdSIj4%3D.